

Nenndorfer Resolution

des Landesvorstandes
der Deutschen Polizeigewerkschaft

zur Gewalt gegen
Rettungskräfte und Polizei



Deutsche Polizeigewerkschaft
Niedersachsen
10. Januar 2024

www.dpolg.org

“

„Gewalt und Angriffe auf jene, die für die Sicherheit und Hilfe der Gesellschaft häufig auch im Ehrenamt sorgen, sind Angriffe auf die Demokratie und schaden immer der Gemeinschaft.

Da gibt es nichts zu verharmlosen!

Patrick Seegers, Landesvorsitzender

”

Krawalle und Gewalt dürfen nicht zur „Neuen Normalität“ werden!

Die Silvesterkrawalle gegen Polizei und Rettungskräfte bieten auch nach dem Jahreswechsel 2023/2024 keinen Grund, um zur Tagesordnung überzugehen. Gewalt und Angriffe auf jene, die für die Sicherheit und Hilfe der Gesellschaft sorgen, sind Angriffe auf die Demokratie und schaden immer der Gemeinschaft. Da gibt es nichts zu verharmlosen.

Es ist besorgniserregend, dass solche Vorfälle in jedem Jahr zunehmen und sie sind das Gegenteil von dem, was die meisten Menschen als erträglich empfinden. Es ist deshalb alternativlos, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um solche Gewaltausbrüche einzudämmen und gemeinsam an einer sichereren Gesellschaft zu arbeiten. Schon gar nicht, dürfen diese Eskalationen als das „neue Normal“ dargestellt werden. Dazu bedarf es spürbarer Anstrengungen der Politik und einer gesellschaftlichen Schutzplanke für die oft auch ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Rettungsdienste und der Polizei.

Die Erwartungen der Bürger an die Politik in Bezug auf diese Krawalle sind eindeutig:

Eine konsequente Strafverfolgung der Täter, verbesserte Präventionsmaßnahmen, eine verstärkte Polizeipräsenz und Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Die Einsatzkräfte erwarten mit Recht eine transparente Kommunikation und konkrete Maßnahmen, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Nach dem Treffen der Ministerin Daniela Behrens mit den Verbänden der Einsatzkräfte im Februar 2022 hat es spürbare Maßnahmen aus der Politik, die über Verständnis und Durchhalteparolen, hinausgehen.

Die Studie „Gewalt gegen die Polizei“ des KFN (siehe dazu auch das anliegende Themenpapier) ist mittlerweile volljährig und es ist seit 2005 in jedem Jahr zu mehr Gewalt und gegen weitere Berufsgruppen gekommen.

Wir wollen endlich praktikable Lösungen

Die Eindämmung von Gewalt erfordert ein mehrschichtiges Vorgehen. Effektive Prävention durch Bildung, soziale Programme zur Unterstützung gefährdeter Gemeinschaften sowie verstärkte polizeiliche Präsenz können helfen. Zudem ist aber eine konsequente Strafverfolgung von Tätern und eine intensive Zusammenarbeit zwischen Behörden und den Menschen im Allgemeinen wichtig, um wieder ein Klima des Respekts und der Verantwortlichkeit zu schaffen.

Die Täter bei solchen Vorfällen kommen aus verschiedenen Bereichen, darunter randalierende Einzelpersonen, Gruppen mit unterschiedlichen Motiven oder sozial benachteiligte Jugendliche. Die Gründe für die Gewalt gegen Rettungskräfte sind sicher vielfältig, darunter fallen Frustration, fehlende Perspektiven, aber auch eine deutlich gestiegene generelle Missachtung von Autoritäten oder eine negative Einstellung gegenüber staatlichen Institutionen.

Es ist auf der Straße deutlich spürbar, dass auch durch Gruppendynamiken oder das Streben nach Aufmerksamkeit und Rebellion gegen bestehende Normen die Einsatzkräfte als „Endgegner“ identifiziert sind.

Um die individuellen und gesellschaftlichen Gründe zu verstehen, erwartet der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft einen klar umrissenen Maßnahmenkatalog, um angemessene Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu ist u.E. auch die Analyse der Täterprofile unabdingbar.

Schulen sind hier ein Anker zur Sensibilisierung

Schulen spielen eine wichtige Rolle bei der Prävention von Gewalt. Sie sind Orte, an denen Werte wie Respekt, Toleranz und Zusammenarbeit gefördert werden sollen. Bildungseinrichtungen müssen Programme zur Konfliktlösung nutzen oder intensivieren, um soziale Kompetenzen und interkulturelle Sensibilisierung zu fördern. Zudem soll hier ein Raum für den Austausch und die Integration verschiedener Kulturen und Hintergründe geschaffen werden.

Schule muss mehr noch als bisher ein Ort sein, an dem präventive Maßnahmen auf sozialer und kultureller Ebene umgesetzt werden.

Forderungen:

Der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft Niedersachsen fordert deshalb deutlich gesteigerte gemeinsame Anstrengungen, eine Allianz der Gesellschaft und praktikable Lösungen wie

- **Programme zur Förderung von Bildung**
- **Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche**
- **Angebote zur Integration von Gemeinschaften unterschiedlicher Herkunft**
- **Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Schulen**
- **Projekte zur Förderung von sozialen Kompetenzen, Respekt und Toleranz**

Diese Maßnahmen müssen zielgerichtet und im Kontext zur Gewalt gegen die Helfer genutzt werden, um eine positive Gemeinschaftsdynamik zu schaffen und das Verständnis zwischen verschiedenen Gruppen und damit für die Demokratie zu fördern.

Der Landesvorstand

**Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages
Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst -
Einsatzkräfte besser und dauerhaft vor Angriffen schützen! Antrag der Fraktion der
CDU - Drs. 19/308**

August 2023

Themenpapier

Die Polizei ist eine wichtige Säule der Demokratie. Sie sorgt für Sicherheit und Ordnung, bekämpft die Kriminalität und trägt damit zur notwendigen Stabilität in der Gesellschaft bei.

DPOIG-Chef Patrick Seegers: Wir haben in Niedersachsen und Deutschland eine der bürgerfreundlichsten, professionellsten und zugleich selbstkritischsten Polizeien der Welt.

Die Mehrzahl der Menschen vertraut zu Recht auf unsere demokratische Aufgabenbewältigung. Die Kolleginnen und Kollegen bearbeiten mit großer Motivation und Fachlichkeit die stetig steigenden Anforderungen in den verschiedenen Deliktsbereichen. Niedersachsen bleibt auch dadurch ein sicheres Bundesland. Umso besorgniserregender sind die weiter angestiegenen Zahlen von Gewaltdelikten gegen die Rettungskräfte und die Polizei: Hier braucht es eine gesamtgesellschaftliche moralische Unterstützung der betroffenen Einsatzkräfte und eine klare Ächtung dieser Tätergruppen mit den erforderlichen schnellen Verurteilungen durch die Justiz. **Wer Rettungs- und Polizeikräfte in ihrer Arbeit behindert, sie angreift, sie aus einem Vergnügen heraus fotografiert und denunziert, muss sofort mit einer harten und unmissverständlichen Bestrafung rechnen, so Seegers.**

Jede Polizistin und jeder Polizist möchte wohlbehalten vom schweren und gefährlichen Dienst nach Hause zurückkehren. Leider ist das nicht immer der Fall. Wir merken immer mehr, dass **die Hemmschwelle fällt**, insbesondere, bei eigentlich von polizeilichen Maßnahmen Unbeteiligten. Nahezu täglich gehen Menschen ohne ersichtlichen Grund auf unsere Einsatzkräfte los. Der Respektverlust in der Gesellschaft ist ursächlich für die Gewalteskalationen, befeuert durch das mediale „broken windows“ in den sozialen Netzen!

Wer schützt, braucht auch selbst Sicherheit und diese Absicherung wird nicht nur durch gute Schutzausstattung und eine geeignete Bewaffnung gewährleistet. Es muss auch eine unmissverständliche Rückendeckung durch alle demokratischen Parteien geben. Da nutzen Lippenbekenntnisse wenig, wenn gleichzeitig medial ein verzerrtes Bild von Polizistinnen und Polizisten verbreitet wird, die rechtsstaatliche Maßnahmen durchführen. So wird der Einsatz von unmittelbarem Zwang bei Einsätzen mit sogenannten „Klima-Klebern“ gerne und reflexartig als illegale Polizeigewalt betitelt. Dass polizeiliche Maßnahmen auch mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden dürfen und müssen, muss ins Bewusstsein der Bevölkerung und insbesondere auch der Politikerinnen und Politiker zurückgeholt werden.

KFN- Studie zur Gewalt gegen die Polizei bereits 2009!

Zu diesem Phänomenbereich hat der damalige **Innenminister Uwe Schünemann bereits 2009 eine eingehende Untersuchung** initiiert. Dieser haben sich Anfang 2010 zehn Bundesländer – neben Niedersachsen die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen angeschlossen. Das KFN wurde mit einer repräsentativen Polizeibefragung „Gewalt gegen Polizeibeamte“ beauftragt.

An der online durchgeführten Befragung haben mehr als 22.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte teilgenommen, fast 21.000 Fragebögen konnten für die Untersuchung ausgewertet werden. Dies war eine valide Datenbasis, um mit Maßnahmen gezielt anzusetzen, die dem verbesserten Schutz der Polizei dienen sollten.

Innenminister Uwe Schünemann hat im Jahr 2010 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Biallas, Johann-Heinrich Ahlers, Rudolf Götz und Angelika Jahns (CDU) auszugsweise wie folgt beantwortet:

Ein erstes Ergebnis ist, dass ein sehr hoher Anteil der befragten Polizisten in ihrem Dienst im Jahr 2009 schon mehrfach Aggressionen ausgesetzt war. Das reicht von Beschimpfungen (81,9%) über körperliche Attacken (26,5%) bis hin zu Angriffen mit Waffen (8,6%). Im Streifendienst liegen diese Werte sogar noch höher.

Schwere Verletzungen mit mindestens sieben Tagen Dienstunfähigkeit haben im Vergleich von 2005 zu 2009 um 60,1% zugenommen. Am stärksten fällt der Anstieg bei Einsätzen aus, die wegen innerfamiliärer oder sonstiger Streitigkeiten, wegen Störungen der öffentlichen Ordnung oder wegen Demonstrationen erfolgt sind.

Warum führen wir diese veralteten Zahlen auf? Weil seitdem keinerlei Besserungen erreicht wurden. Im Gegenteil: Die PKS-Zahlen zu Widerständen gegen die Polizei haben sich in jedem Jahr erhöht, die Gewalt und Respektlosigkeit hat sich zudem auf Rettungskräfte, Feuerwehr und auch kommunale Politikerinnen und Politiker ausgeweitet.

Gesamtgesellschaftliche Reaktion erforderlich!

Die jährlich immer weiter sinkenden Bewerberzahlen sprechen eine deutliche Sprache und sind gleichzeitig eine große Gefahr für die Stabilität in der Gesellschaft. Es braucht deshalb ein klares und deutliches gesamtgesellschaftliches Bekenntnis zur niedersächsischen Bürgerpolizei.

Die DPolG Niedersachsen begrüßt ausdrücklich, bei Gewaltdelikten gegen AmtsträgerInnen behördlicherseits Rechtsschutz zu gewähren. Zudem wäre es aber ein fürsorgliches Zeichen der Politik, wenn bei Verletzungen von PVB im Einsatz ein pauschales Schmerzensgeld ausgezahlt würde. Die Ausführungen erfolgen gern mündlich.

DPolG Niedersachsen